

Beratungsstelle für soziale,
psychologische und finanzielle Angelegenheiten

SOZIAL- DIENST

für Erwachsene im
Bezirk Uster

Wilstrasse 16
8600 Dübendorf

Telefon 01/821 60 16

Jahresbericht 1982



Sozialdienst für Erwachsene im Bezirk Uster

Wilstr. 16
8600 Dübendorf
Tel. 821 60 16

Sprechstunde Dienstag 14-19 Uhr oder nach Vereinbarung

Kostenlose Beratungsstelle für die Einwohner der Gemeinden Dübendorf, Egg-Esslingen, Greifensee, Maur, Mönchaltorf, Schwerzenbach, Volketswil, Wangen-Brüttisellen

Beratung in sozialen Angelegenheiten, psychologische Beratung, Budgetberatungen, Lohnverwaltungen, Alkoholfürsorge, Beratung in Suchtfragen

Amtsvormundschaft der Verbandsgemeinden, Schutzaufsichtsstelle

Mitarbeiter des Sozialdienstes

Dr. Dieter Wartenweiler, Leiter
Christine Fahrni, Sozialarbeiterin
Heinz Vögeli, Fürsorgebeamter mit Schwergewicht Alkoholfürsorge
Maria Weber, Sekretariat und Buchhaltung

Ueberblick

Im Jahre 1982 sind wir der Realisierung des neuen Konzeptes für unseren Sozialdienst - der Schaffung einer freien, breiteren Bevölkerungskreisen leicht zugänglichen polyvalenten Beratungsstelle - ein grosses Stück näher gekommen. Im November 1982 konnten wir unsere Büros und Besprechungsräume in einen ansprechenden Neubau ins Zentrum Dübendorf verlegen. Die diskret erreichbaren und warm eingerichteten Räumlichkeiten sollen die Eintrittsschwelle niedrig halten und zum Wohlbefinden des Klienten in der Beratung beitragen. Zugleich liess sich mit dem Umzug der früher bestehende Raummangel beheben. Nebst einem Warteraum, einem zusätzlichen Arbeitszimmer und einem Archiv konnten wir neu auch einen Gruppenraum einrichten, welcher den Ausbau unserer Gruppenarbeit erlaubt.

Noch vor uns steht eine breiter angelegte Oeffentlichkeitsarbeit mit dem Ziel, als Institution " gesellschaftsfähig " zu werden und damit eine Oeffnung zu bisher nicht angesprochenen Bevölkerungskreisen zu erreichen. Auch sie haben Anspruch auf eine ihnen adäquate Beratung in schwierigen Lebenslagen.

In dieser Entwicklungsphase steht unsere Institution selbstredend in Zielkonflikten - werden an sie doch von verschiedenen Seiten verschiedene Erwartungen herangetragen, die sich teilweise widersprechen. Hier einen Weg zu finden, der allseitige Offenheit gewährleistet, ist Arbeit von gestern, heute und morgen.

Die Führung der laufenden Arbeiten in den Bereichen der freien Beratung, der Betreuung Süchtiger und der gesetzlichen Fürsorge brachte im Berichtsjahr keine aussergewöhnlichen Ereignisse und Schwierigkeiten.

Im Mitarbeiterstab haben sich wiederum keine Veränderungen ergeben, so dass wir jetzt ein seit Jahren eingespieltes Team bilden.

Wir danken allen, die im vergangenen Jahr mit uns als Klienten, Helfer oder Behördenvertreter zusammengearbeitet haben und deren Vertrauen wir geniessen durften.

SOZIALDIENST FUER ERWACHSENE

IM BEZIRK USTER

D. Wartenweiler

Dr. D. Wartenweiler

SOZIALARBEIT UND SOZIALE GEMEINSCHAFT

Reflexionen über Sozialarbeit

Wenn Sozialarbeiter ihre eigene Tätigkeit hinterfragen, so laufen sie leicht Gefahr, der Unproduktivität bezichtigt zu werden. Sie sollten besser ihren Klienten helfen, als zu diskutieren oder nachzudenken - heisst es etwa -, weil da ja doch nichts herausschaue. Wo für einen armen Arbeitslosen neue Arbeitsstellen arrangiert werden, wo Schulden saniert, Wohnungen gesucht oder an einer Klinik-einweisung mitgearbeitet wird, da wird etwas rechtes (d.h. Sichtbares) getan, wohingegen Diskussionen und Ueberlegungen keinen " Realwert " aufzuweisen vermögen. Die Kritik folgt dabei der gängigen Einstellung, dass nur materielle Dinge einen Wert hätten, und sie ist aus dieser Sicht durchaus verständlich. Aber schon auf der Ebene sozialer Einzelarbeit übersieht sie leicht, dass bei der Vermittlung von 10 Arbeitsstellen für einen Arbeitslosen unter Umständen genau 10 davon zuviel und daher unnütz gewesen sein können, dass eine Schuldensanierung sinnlos sein kann, weil der Klient sich sofort wieder neu verschuldet, und dass auch die Klinikeinweisung damit enden kann, dass der Patient am nächsten Tag wieder entlassen wird. Nur zu gerne wird der Sozialarbeiter dann entschuldigt - war seine generelle Ausrichtung und sein Bemühen doch richtig. Er hat etwas unternommen und daher einfach Pech gehabt. Paradoxerweise kann solche Aktivität durchaus auf Bequemlichkeit beruhen, was sichtbar wird sobald man die geistige Dimension miteinbezieht: Die Aktivität erscheint dann gelegentlich als Ersatz fürs Nachdenken. Verhältnismässig leicht einzusehen ist, dass das Ueberdenken der eigenen Handlungsweise im Einzelfall zu einer effizienteren Arbeitsweise führen kann, auch wenn dann im gesamten weniger Aktivität entfaltet wird. Vielleicht ist es dafür eine richtigere.

Schwieriger wird die Angelegenheit, wenn wir auf eine kollektive Ebene kommen. Hat das Nachdenken des Sozialarbeiters über seine Arbeit im generellen ebenfalls eine Verwesentlichung der Arbeit zur Folge, oder verliert es hier jede Bedeutung? Die Antwort ist zunächst eine Frage des Standpunktes: als Antwort nämlich auf die Frage, was das Wesentliche an der sozialen Arbeit sei. Geht man dabei von einer apriori-Vorstellung aus, dass Sozialarbeit dieses oder jenes sei, so hat das weitere Nachdenken über die Frage keinen Sinn, da

ja alles schon bestimmt und definiert ist. Hält man die Frage nach Wesen, Sinn und Zweck der Sozialarbeit aber nicht als definitiv beantwortet und lässt damit Spielraum für eine Entwicklung, so erscheint auch das Nachdenken über die Sozialarbeit im generellen in einem anderen Licht. Das ganze ist dabei nicht nur eine philosophische, sondern durchaus auch eine ökonomische Angelegenheit. Die Gesellschaft investiert über den Steuerzahler horrenden Summen zur Beseitigung von sozialen Anstössigkeiten - oft unter dem Titel der (eventuell sogar medizinischen) Hilfeleistung. Man denke dabei nebst den Aufwendungen für soziale Institutionen etwa an die Kosten der Drogenrehabilitationsprogramme oder an die Klinikkosten für die Behebung psychisch bedingter Leiden.

Die soziale Gemeinschaft als Organismus

Eigentlich ist es eigenartig, dass Ueberlegungen über gesamtgesellschaftliche Vorgänge auch heute noch immer irgendwie verdächtig erscheinen - man wittert politische Unruhe und Destruktivität. Natürlich veranlasst das Nachdenken über Zusammenhänge auch einmal, einen konkreten Schritt zu tun, und davor fürchten sich am meisten gerade jene Kreise, welche nur die konkreten Dinge für wesentlich halten. Aber warum haben wir eigentlich so grosse Angst vor Ergebnissen unseres Nachdenkens über lebenswichtige Dinge, die uns alle betreffen? Und sollen wir deshalb darauf verzichten? Ich meine, dass wir uns als Sozialarbeiter den Luxus nicht leisten dürfen, die tieferen Zusammenhänge unserer Tätigkeit nicht zu hinterfragen. Dann nämlich liefern wir uns in Hektik und Aktivität einem Geschehen aus, über das wir jeden Ueberblick verloren haben. Der Mensch aber hat meiner Ansicht nach aber die Aufgabe zu wissen, was er tut und wer er ist.

Erlauben wir uns also für einen Moment, unser Handeln als Mitarbeiter einer sozialen Institution zu hinterfragen, so tun wir dies am erfolgreichsten an den Grenzen der Sozialarbeit. Dort, wo wir mit unserer Philosophie nicht mehr weiterkommen, erkennen wir die Relativität ihrer Bedeutung. Die Grenzen liegen für den Sozialarbeiter zunächst da, wo er nichts erreicht. Von der Gesellschaft ist er damit beauftragt, soziales Leiden und persönliche Schwierigkeiten zu "heilen" und damit aus der Welt zu schaffen. Ein hoher Anspruch, der des weltverbessernden Charakters nicht ganz entbehrt.

Es ist daher nicht unverständlich, dass er oft zur resignierenden Einsicht gelangt, nichts zur " Heilung " beitragen zu können. Von daher ist es auch einsichtig, warum Sozialarbeiter immer wieder dazu neigen, ihre Arbeit zu hinterfragen - sind sie doch wegen der vielen Misserfolge zunächst einmal ganz einfach unbefriedigt. Was soll denn der Einsatz überhaupt? Mir scheint, dass das Nachdenken nur dann weiterführt, wenn wir von der individuellen Ebene wegkommen und nebst der Bearbeitung von Einzelproblemen auch die Gesamtzusammenhänge zu verstehen versuchen. Dabei können wir uns an das Vorbild der modernen Medizin anlehnen, die im gleichen Sinne vorgeht. Während man da bis vor kurzem in einer mechanistischen Betrachtungsweise nur die kranken Organe betrachtete und behandelte, geht die Medizin heute zunehmend auch von einem Gesamtverständnis für den erkrankten Menschen aus. Das erkrankte Organ zeigt, dass der Mensch als ganzes nicht mehr im Gleichgewicht ist. Es entspricht einer Erfahrung der psychosomatischen Medizin und der Psychotherapie, dass die " Heilung " eines zusammenhangslos verstandenen Leidens leicht zur Manifestierung eines neuen Leidens führen kann. Letztlich wird damit nur eine Verschiebung zustande gebracht, wobei damit sogar ein Verschlimmerungsprozess verbunden sein kann. Die unterdrückte Mitteilung des erkrankten Körpers macht sich noch deutlicher bemerkbar, bis sie erkannt und nach Möglichkeit verstanden wird. Es ist erstaunlich, wie schnell in psychotherapeutischer Behandlung auch körperliche Leiden verschwinden können - wenn ihr Symbolgehalt verstanden ist. Die Methode des Heilungsprozesses ist dabei die Integration jener Mitteilung ins Bewusstsein, welche das kranke Organ macht. Es " fehlt " einem etwas - wie der Volksmund sagt, und wenn man verstanden hat, was es ist, das nur in Form einer Krankheit leben kann, dann geht es einem oft besser. Oft ist das Fehlende eine Erkenntnis über das eigene tiefere Wesen, über das Vorhandensein von Anlagen in der eigenen Persönlichkeit, die "mitleben " möchten. Dabei kann es sich um Verdrängungen handeln oder um neue kreative Möglichkeiten, die noch nie bewusst waren und bewusst werden sollten.

Symbolsprache des Mangels

Betrachten wir in Anlehnung an dieses Modell Zusammenhänge zwischen sozialer Gemeinschaft als Organismus und den " sozial kranken Organen ",

so fragt sich analog, was der sozialen Gemeinschaft fehlt, als Folge dessen gewisse Teile erkranken. Taucht in diesem Zusammenhang das Schreckgespenst der " kranken Gesellschaft " auf, so muss dies ja nicht gleich heissen, dass sie totkrank ist und Sterbehilfe benötigt. Im gesamten gesehen hat sie vielleicht eine Grippe, die einfach unangenehm ist und das Leben erschwert. So mag es sich vielleicht mit dem Drogenproblem im Bezug auf die Gesamtgesellschaft verhalten - es wird als sichtlich unangenehm empfunden, trifft die Gesellschaft aber nicht an ihrem Lebensnerv. Warum sollten wir nicht - wie in der Medizin heute üblich - die Selbstheilungskräfte des gesamten Organismus mobilisieren? Das setzt allerdings voraus, dass der Patient über seinen Zustand weiss. Kann er zugeben, dass ihm etwas fehlt, so könnte er herauszufinden versuchen, was das ist, und so vielleicht gesunden. Was aber fehlt unserer Gesellschaft? Ueber diese Frage gibt es noch viel Arbeit zu leisten. Wir könnten versuchen, die " Sprache der Symptome " zu verstehen statt sie zu eliminieren. Letzteres geschieht heute in der Sozialarbeit oft unter dem Titel der " Hilfe an den Klienten ". Mir fällt dabei auf, in wie vielen Fällen wir Menschen zu unseren Klienten machen, die unsere " Hilfe " gar nicht wünschen und sich keinesfalls krank fühlen. Jemand ist wegen Geistesschwäche bevormundet, was sich praktisch aber nur darin auswirkt, dass er seine Steuern nicht bezahlt, oder eine Frau hat einen Beistand, weil sie amtliche Zustellungen nicht entgegennimmt. Wir " helfen " durch gesetzliche oder andere Massnahmen den Menschen, sich in unserer Gemeinschaft angemessen zu bewegen - vor allem aber uns selber mit dem Ziel, uns nicht durch ungewohnte Lebensweisen stören lassen zu müssen. Dabei verpassen wir aber die Lektion, welche unsere Klienten uns zu geben vermögen. Sie weisen uns nämlich auf die Grenzen unserer kollektiven Umgangs- und Verständigungsformen hin; sie zeigen uns, was uns "fehlt " in unserer täglichen Geschäftigkeit und Ausrichtung auf sichtbare Leistung hin. Ebenso wie ein krankes Organ oft nur noch in ungesunder Entwicklung seine wesentliche Mitteilung machen kann (vielleicht wuchert das Kreative als Krebs, weil es keine andere Ausdrucksmöglichkeit hat), mag auch das sozial kranke Organ nur in ungesunder (selbstzerstörerischer) Weise auf das fehlende Gesunde hinweisen: so vielleicht der Drogenkranke auf seinen fehlgeschlagenen Versuch, das " Geistige " zu finden und so eine Bewusstseinerweiterung zu erlangen. Heilung des Gesamten könnte hier heissen, sich um den in einer materialisierten Welt vernachlässigten geistigen Bereich

wieder vermehrt zu kümmern und eine Bewusstseinerweiterung sich wirklich zu erarbeiten. Wer weiss, ob dadurch nicht potentiell Drogenkranke entlastet würden?

Aber auch andere " Sonderlinge " können uns manches lehren. Bringen sie nicht Auflockerung in unser Leben - wenn wir sie nur gewähren lassen können? Ist wirklich alles krank, was nicht in unser Bild der Ordnung passt? Nach meiner Erfahrung weigert sich das Leben als Gesamtheit strikte, in einen zu engen Rahmen eingepasst zu werden. Solange der Sozialarbeiter das versucht, steht er auf verlorenem Posten. Versuchen wir dagegen, die " Symptome " im gesellschaftlichen Leben zu verstehen, so fragt sich wie es wäre, wenn wir etwas davon selber leben würden, wenn jeder von uns etwas " aussenseitiger " würde, etwas verrückter, etwas vielfältiger, etwas mehr sich selbst und etwas weniger an kollektiven Normen orientiert. Vielleicht würde dies nicht nur uns bereichern, sondern auch die sozial Auffälligen etwas von der ihnen zugeordneten Rolle als Klienten entlasten.

Individuelle Möglichkeiten

Unsere Überlegungen über Zusammenhänge im Sozialbereich müssen sich wieder auf den Einzelfall zurückbeziehen lassen, wenn sie von einem praktischen Nutzen sein wollen. Die Gesamtbetrachtung gibt uns Hinweise, in welche Richtung eine Gesamtentwicklung gehen könnte, doch setzt sich diese wiederum aus vielen Einzelentscheidungen zusammen. Wollen wir dafür zu Richtlinien kommen, so müssen wir auch das Problem des Mangels wieder auf den einzelnen beziehen. Was fehlt jedem von uns zu seiner Ganzheit, zur angemessenen Persönlichkeitserweiterung? Wo fühlen wir uns als Einzelne unausgefüllt, was empfinden wir als Mangel und als ungenutzte Möglichkeit? Was wollten wir schon lange gern tun und haben es aus irgend einem Pflichtgefühl unterlassen? Oft genug ist es gar nicht so schwierig, den entscheidenden Impuls ausfindig zu machen. Von unserer Umwelt werden wir stets auf unsere ungenutzten Möglichkeiten hingewiesen - meistens durch irgendwelche Dinge, die wir glauben nicht zulassen zu können, weil sie nicht in unseren Ordnungsrahmen passen. Nur zu gerne reagieren wir auf das Ungewohnte mit Abwehr, statt zu fragen, in welcher Form es uns bereichern könnte. Oft liegt die " grosse Kostbarkeit " gerade in

jenen Dingen, die uns ärgern. Gelingt es uns aber, sie als Herausforderung zu verstehen und anzunehmen, so wird uns die Arbeit daran inneren Gewinn bringen. Unterschätzen wir dabei nicht unsere Möglichkeiten - es ist erstaunlich, wieviel sich in unserer Umwelt ändert, wenn wir ihr mit einer neuen Einstellung begegnen. Sie ist nur solange gleich, als wir sie mit gleichen Augen betrachten. Wenn wir neue Dinge ausprobieren, so ist es auch bereichernd, in die eigenen Tiefen zu schauen und zu erfahren, wieviel an sozialem Aussenseitertum wir selber in uns haben- oder positiver formuliert: wieviel an Individualität und persönlicher Eigenheit, die trotz möglicher sozialer Nonkonformität wertvoll sein kann. Das bringt uns auch mehr Verständnis für die Individualität unseres Nachbarn, den wir vielleicht voreilig als " sozialen Aussenseiter " disqualifiziert haben.

Wenn der Sozialarbeiter zunächst damit betraut ist, soziale Aussenseiter in einer Einwegkommunikation zu " heilen ", d.h. wieder an das gemeinschaftliche Leben anzupassen, so könnte diese vielleicht zu einem gegenseitig fruchtbaren Prozess ausgebaut werden. Damit würde die Reflexion des Sozialarbeiters über seine Tätigkeit auch für die soziale Gemeinschaft bereichernd. Ich meine damit nicht, dass Einzelhilfe nicht betrieben werden soll. Im Spital operiert man das kranke Organ auch. Aber der Blick auf die Gesamtzusammenhänge und das Ziehen von Schlussfolgerungen durch den Einzelnen ist vielleicht ein zusätzlicher Weg zur Linderung von Schmerzen in der sozialen Gemeinschaft - wenn nicht zu mehr.

Dieter Wartenweiler

UMZUG UND ERWEITERUNG DES SOZIALDIENSTES

Ende Oktober des vergangenen Jahres konnten wir nach einer längeren Vorbereitungszeit an der Wilstr. 16 neue Beratungsräumlichkeiten beziehen. Dieser Umzug brachte unserer Institution eine Reihe erheblicher Vorteile. Zunächst konnten wir damit die vorher bestehende akute Raumnot beheben, indem wir nun einen Warteraum und das lange benötigte Archiv einrichten konnten. Ein zusätzlicher Büroraum steht als Reserve zur Verfügung und wird gegenwärtig von einer Praktikantin genutzt. Ausserdem verfügen wir nun über einen Gruppenraum, welcher für Klientenbesprechungen im grösseren Kreis, für Besuche und Vorträge, als Sitzungsraum sowie vor allem für die Klientenarbeit in Gruppen genutzt werden kann. Die bereits bestehenden Gesprächsgruppen für Suchtfragen, die von unserem Mitarbeiter H. Vögeli geleitet werden und sich eines regen Zuspruchs erfreuen, sollen um weitere Gruppen ergänzt werden, deren Realisierung für das laufende Jahr vorgesehen ist. Durch die wohnliche Gestaltung der neuen Räumlichkeiten konnten wir dem Klienten eine angenehme Umgebung schaffen, wo er sich aufgehoben fühlen kann. Die zentrale Lage und diskrete Zugänglichkeit sind weitere Vorteile. Im gesamten hoffen wir, mit dem Umzug die räumlichen Voraussetzungen für eine offene Beratungsstelle geschaffen zu haben, die zu betreten niemand schwerfallen soll.

Am 30. November fand die offizielle Eröffnung im Beisein von Behördenvertretern der Zweckverbandsgemeinden, Vormundschafts- und Fürsorgeseekretären sowie Vertretern vieler anderer Institutionen statt. Unter den rund 40 Anwesenden waren auch vier Pressevertreter, welche alle über unsere Institution berichteten. Wir möchten immer wieder die Gelegenheit wahrnehmen, in verschiedenen Formen an die Oeffentlichkeit zu gelangen, um den Sozialdienst als freie Beratungsstelle bekannter zu machen.

LAUFENDE TAETIGKEITEN

Gesetzliche Massnahmen

Im gesetzlichen Bereich zeigt das Berichtsjahr nur geringfügige Veränderungen. Neu übernommen wurden zwei Vormundschaften und fünf Beistandschaften. Aufgehoben wurde eine Beiratschaft wegen Todesfall und eine wegen Umzuges hinfällig gewordene Beistandschaft. Die beiden neuen Vormundschaften basieren beide auf Art. 369 ZGB, womit von den 36 Vormundschaften 27 wegen Geisteskrankheit oder Geistesschwäche bestehen. 7 Vormundschaften bestehen wegen Misswirtschaft oder Trunksucht gemäss Art. 370 ZGB und zwei werden auf eigenes Begehren geführt.

Konkurse wurden im Berichtsjahr keine durchgeführt, wohingegen verschiedene aufwendige Versicherungsangelegenheiten zu bearbeiten waren. Daneben führten wir weiterhin Vermögens- und Lohnverwaltungen und regelmässige Arbeit brachten auch die vielen kleinen täglichen Verwaltungsangelegenheiten im Zusammenhang mit den gesetzlichen Massnahmen. Die persönliche Betreuung der Bevormundeten, Verbeirateten und Verbeiständeten gestaltete sich von Fall zu Fall sehr unterschiedlich und war je nach den Ereignissen intensiver oder lockerer. Während die Zusammenarbeit in einigen Fällen gut gewährleistet ist und die Vormundschaft vom Bevormundeten als hilfreiche Stütze erlebt wird, ist die Beziehung zwischen Mündel und Vormund in anderen Fällen für beide nicht einfach. Dem Bevormundeten mögen aus seinem Erlebens- und Verständnisbereich gewisse allgemeine Lebensumstände wie auch Haltungen und Massnahmen des Vormundes nicht als sinnreich zu erscheinen, währenddem der Vormund einen gesetzlichen Auftrag hat, dem er nachleben sollte. Der Bevormundete mag sich eingeengt fühlen, wenn er nicht seinen Vorstellungen gemäss sein Leben gestalten kann, währenddem der Vormund die Schwierigkeit hat, oft einfache Lebenszusammenhänge nicht verständlich erklären zu können und er deshalb auch keine Zustimmung für vielleicht notwendige Einschränkungen erreichen kann. Immer aber stellt sich die Frage, welche Massnahmen wirklich notwendig und unumgänglich sind, und wo vielleicht nur ein übertriebener Ordnungswille gewisse Lebenserfahrungen verhindert, welche nicht wirklich schädlich sind. Ich habe mir zur Regel gemacht, Bevormundete nicht unnötig einzuengen und einzuschränken, wobei es wiederum eine Ermessensfrage ist, was

einem Bevormundeten wirklich schadet, und was nicht. Zusätzlich kommt jeder Vormund aber auch von seiten anderer Interessenten unter Druck, etwa von Gläubigern, welche meinen, man sollte einen Bevormundeten " versorgen ", weil er Schulden macht. Das Vormundschaftsrecht ist in seiner historischen Entwicklung wie in seiner gegenwärtigen Anwendung in dieser Hinsicht nicht ganz klar - geht es doch nicht nur um den Schutz des Bevormundeten, sondern um den Schutz der Umwelt vor schwierigen Menschen. Wie weit aber soll dieser Schutz zulasten des Bevormundeten gehen? Darf er seine Lebenserfahrungen nicht machen, nur deshalb, weil er anderen schaden könnte (die etwa im Geschäftsleben nicht sorgfältig genug vorgehen)? Auf dem Vormund lastet der Anspruch der sozialen Umwelt, gewisse Dinge zu tun, für die es keine klaren Richtlinien gibt. Die Freiheit des Vormundes, in wesentlichen Bereichen nach Ermessen zu handeln, kann zu einer grossen Last werden, wenn er versucht, nicht jedem Druck zulasten des Bevormundeten nachzugeben.

Dieter Wartenweiler

Alkoholfürsorge und Suchtberatung

Im Bereich Alkoholfürsorge brachte das vergangene Jahr ein grosses Arbeitspensum und zeitweise einige Turbulenz. Die wirtschaftliche Rezession mit der damit verbundenen zunehmenden Arbeitslosigkeit brachte uns viele neue Klienten. Der Verlust des Arbeitsplatzes und des Erwerbs drängte den Betroffenen grosse Einschränkungen auf und führte sie zu uns, wenn die Schwierigkeiten unüberwindlich zu werden drohten. Die prekäre Situation brachte ihre Trinkgewohnheiten deutlicher zutage, und manche glaubten zunächst, die Probleme mit Alkohol lösen zu können. Manche sahen nicht ein, dass ihre Familien darunter litten, und es brauchte oftmals viele Gespräche und grosse Geduld, um sie zu einem Schritt motivieren zu können. Mit den Klienten zusammen galt es abzuklären, welche Hilfsmassnahmen zur Bewältigung ihrer spezifischen Situation am geeignetsten waren. Dafür spielt auch der physische und psychische Abhängigkeitsgrad eine wesentliche Rolle. Es galt zu eruieren, ob eine ambulante oder stationäre Entziehungskur geeigneter sei, wobei eine Entscheidung besonders für Familienväter und Mütter schwer war, die sich allenfalls für Monate von ihrer Familie trennen mussten. Bei stationären Entziehungskuren waren vor dem Eintritt alle damit zusammenhängenden

sozialen Fragen zu lösen. Für die Finanzierung musste oft die zuständige Fürsorgebehörde um Unterstützung angegangen werden, was für manchen Klienten eine zusätzliche Belastung darstellte.

Das vergangene Jahr brachte auch manchen Kontakt mit schweren und zugleich uneinsichtigen Alkoholikern. Meistens wurden diese Menschen durch Aerzte oder Behörden gemeldet, weil sie in ihrer Umgebung unangenehm aufgefallen waren oder ihr Gesundheitszustand schon so prekär war, dass dringend Sofortmassnahmen ergriffen werden mussten. Solche Klienten wurden in der Regel durch einen Arzt zur Entziehung in eine psychiatrische Klinik eingewiesen, und gelegentlich erteilte die zuständige Vormundschaftsbehörde einen Begutachtungsauftrag, wenn wegen der eingetretenen Persönlichkeitsveränderung eine Entmündigung eingeleitet werden musste. Manchmal genügte allerdings auch die Ernennung eines Beistandes. Im allgemeinen zeigen die ärztlich oder behördlich eingewiesenen Patienten nach 2-3 Wochen in Bezug auf die angeordnete Klinikeinweisung eine positive Haltung. Nach Beendigung der in der Regel etwa dreimonatigen stationären Behandlung war jeweils die Nachbetreuung zu leisten. Schon während des Klinikaufenthaltes pflegte ich mit den Klienten einen regelmässigen Kontakt zum Aufbau einer guten Beziehung, was die spätere Zusammenarbeit sehr erleichtert.

Neben dem Alkoholismus als vorrangiges Suchtproblem gelangt die Drogensucht der jungen Generation zunehmend ins Bewusstsein der Oeffentlichkeit. Fachkreise halten dabei die offen zutagetretenden Probleme nur für die Spitze eines Eisberges. Bei Vorträgen und Diskussionen an Elternabenden erfahre ich immer wieder eine grosse Ratlosigkeit gegenüber dem Drogenproblem - auch bei betroffenen Eltern, welche ein süchtiges Kind haben. Trotz der guten und vielseitigen Aufklärung durch die Medien wird das Problem meiner Ansicht nach von der Gesellschaft aber noch zu wenig ernst genommen. Erst wer direkt oder indirekt davon betroffen ist, wird dafür wirklich offen. Die meisten Eltern haben dann aber die Vorstellung, der Süchtige müsse sofort in eine Klinik oder gar ins Gefängnis eingewiesen werden oder es sei sonst sofort etwas zu unternehmen.

Den Drogenabhängigen Hilfe zu leisten ist sehr mühsam und zeitaufwendig, da zunächst an der Motivationsfrage gearbeitet werden muss.

Ist die Bereitschaft für einen Entzug gegeben, fällt der Mangel an Entzugsplätzen in Suchtstationen und Kliniken erschwerend ins Gewicht. Die Wartezeit beträgt gegenwärtig 3-6 Monate. Was macht man nun mit einem Süchtigen, der im Moment zu einem Entzug motiviert ist, vielleicht aber nicht mehr nach so langer Zeit? Gelegentlich kann solchen Interessenten ein physischer Entzug in einer Klinik ohne Anschlussprogramm vermittelt werden, was aber oft zu Misserfolgen führt. Es braucht viel Verständnis und Einfühlungsvermögen und auch einen grossen Zeitaufwand, um den Drogenabhängigen richtig zu begegnen. Viele möchten ehrlich von der Droge loskommen, können sich aber nach dem physischen Entzug kaum mehr in der Realität zurechtfinden. Es dauert Jahre mit Rückfällen und Enttäuschungen beiderseits, bis ein Süchtiger allenfalls wieder in die Gesellschaft eingegliedert werden kann. Trotz der vielen negativen Erfahrungen muss mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln gekämpft werden - zur Hilfe an die Betroffenen und auch dafür, dass dieses grosse Problem unserer Gesellschaft in breiten Kreisen ernst genommen wird.

Abschliessend möchte ich allen Behörden unseres Bezirkes für ihre kooperative Mitarbeit und das Verständnis, das sie unserer Arbeit entgegenbringen, recht herzlich danken.

Heinz Vögeli

Freie Beratung und Gemeindeaufträge

Unsere Aufgaben im Bereiche der freien Beratungstätigkeit sowie des Sozialeinsatzes auf Basis von Gemeindeaufträgen haben sich im vergangenen Jahr erheblich ausgedehnt, was uns vermehrt mit der Frage konfrontiert, welche Einsätze gerechtfertigt sind. Ich möchte zwei arbeitsintensive Einsätze des vergangenen Jahres etwas ausführlicher beschreiben. In beiden Fällen habe ich gehandelt, bin gerannt, habe organisiert; kurz: ich war aktiv. Die Klienten dagegen waren passiv und wollten nichts beitragen. Schadete ich ihnen damit nicht eher? Hilfe ich nicht zu verhindern, dass das Leben selber die

Betroffenen zwingt, sich mit ihrer Situation auseinanderzusetzen?

Fall 1: Von einem Fürsorgesekretär erhalte ich die Mitteilung, dass eine Familie mit vier Kindern, wovon eines behindert ist, ihre Wohnung auf das bevorstehende Monatsende verlassen müsse. Eine kurzfristig verfügbare Vierzimmerwohnung wird von der Familie nicht angenommen, weil sie die Mitarbeit des Vaters bei der Pflege des behinderten Kindes über das Wochenende voraussetzen würde. Meine Bemühungen und Gespräche waren umsonst, und die Familie entschliesst sich eine wesentlich teurere Wohnung zu nehmen, welche sie beim unregelmässigen Verdienst des Ehemannes nicht finanzieren kann. - Als Folge davon muss der Gemeindeammann die Familie mehrere Monate später ausweisen, womit die Geschichte für mich wieder von vorne beginnt: Zuerst fange ich Reklamationen ein, weil ich nicht sofort rennen kann, hernach Besichtigung einer Notwohnung, die wegen des behinderten Kindes aber völlig ungeeignet ist. Ich arbeite drei Wochen fast nur noch für diese Familie: Ich studiere Wohnungsanzeigen verschiedener Zeitungen, telefoniere unzählige Male, schreibe Briefe auf Chiffre-Inserate, spreche mit Liegenschaftsverwaltungen - bis endlich eine Wohngenossenschaft einer anderen Gemeinde bereit ist, der Familie eine Wohnung zur Verfügung zu stellen. Der Familienvater lehnt die Wohnung aber ab, ohne sie besichtigt zu haben, auch nach einem langen Gespräch, in welchem ich ihn mit den Realitäten zu konfrontieren versuche. Die vielen Gespräche mit den verschiedenen Behörden, Verwaltungen, Hilfswerken waren umsonst gewesen. Zwei Tage vor der gerichtlichen Ausweisung leiht der Familie einer ihrer Bekannten eine hohe Summe zur Zahlung aller ausstehenden Mitschulden, um die Exmission zu vermeiden. Der Vermieter verlangt aber eine unbeschränkte Kostengutsprache für künftige Mietausstände, welche wir nicht leisten oder beschaffen können. Nach weiterem langen Suchen kann ich der Familie in einer anderen Gemeinde wieder eine kostengünstige Wohnung anbieten, wofür ich aber nur Schimpfwörter einhandle. Eine neuerliche Ausweisung wird wiederum durch die Bekannte der Familie abgewendet. Sollte sie einmal nicht mehr bezahlen wollen, werde ich wohl wieder aufgeboten werden, alles stehen und liegen zu lassen, um dieser Familie zu helfen.

Teils aus Mitleid für das behinderte Kind, teils als Reaktion von Reklamationen von Behörden und Aemtern habe ich wider die eigene Einschätzung der Lage unzählige Stunden für diese Familie aufgewendet.

Ich war aktiv, habe mich eingesetzt, aber wofür? Die Familie "wurstelt" genau so weiter wie bis anhin. Vielleicht findet sie immer wieder einen Wohltäter, der verhindert, dass sie sich mit den Realitäten des Lebens auseinandersetzen muss ... Was in diesem Fall wegen der Feuerwehrrübungen nur ganz am Rande zum Zuge gekommen war, aber wesentlichlicher gewesen wäre als die unnütze Wohnungssuche, ist die Arbeit mit den Familienmitgliedern an den vielen Problemen, welche hinter ihrem Verhalten stehen.

Fall 2: Ich erhalte von einer Kirchgemeinde und verschiedenen Nachbarn Anrufe, im Fall von Frl. Y müsse endlich etwas getan werden. Frl. Y, Rentnerin, wohnt in einem kleinen alten Einfamilienhaus mitten im Ort und ist seit einigen Tagen im Spital. Sie sei nicht fähig, sich selber und ihr Haus instand zu halten. Ich werde gebeten, das Haus zu besichtigen. Das Haus befindet sich tatsächlich in einem unbeschreiblichen Zustand und starrt von Menschen- und Katzenkot, Küche und WC sind unbenützbar. Es ist eine Zumutung für jeden, dieses Haus zu betreten, geschweige denn zu verlangen, es in Ordnung zu bringen. Die Nachbarn haben Fräulein Y gern und würden ihr helfen, falls sie sich helfen lassen würde. Im Altersheim ist auf lange Sicht kein Platz frei. Frl. Y würde auch nicht in dieses Altersheim passen. Um Zeit zu gewinnen und auch um Frl. Y etwas unter Druck zu setzen, die sich gegen jede Hilfe und Einmischung wehrt, mache ich die Gesundheitsbehörde auf das Haus aufmerksam, die es für unbewohnbar erklärt. Und nun gilt es, Leute und Handwerker zu finden, die bereit sind, den Ekel zu überwinden und das Haus wieder halbwegs bewohnbar zu machen. Es gilt, Frl. Y zu überzeugen, Hilfe anzunehmen, finanzielle Mittel aufzutreiben, einen Teil der Katzen zu töten etc. etc. Wissen wir im jetzigen Zeitpunkt, ob sich der Einsatz lohnt? Wird Frl. Y nach ihrer Rückkehr bereit sein, Hilfe anzunehmen oder wird das Haus in 3 Monaten wieder gleich aussehen?

Auch dieses Beispiel bedeutet für mich einen Einsatz von vielen Stunden. Andere Aufgaben müssen zurücktreten. Ich habe dadurch z. B. viel weniger Zeit für Mündel oder Klinikpatienten, für die ich oft die einzige Kontaktperson bin. Oft habe ich den Eindruck, dass unsere Arbeit vor allem dann gewürdigt wird, wenn wir einen Riesenwirbel veranstalten, wie ich das z.B. im ersten geschilderten Beispiel tat, auch wenn nichts dabei herauschaut. Sind solche Aktivitäten wirklich notwendig, damit unsere Arbeit Anerkennung findet?

STATISTIK

Das Berichtsjahr verzeichnet eine Zunahme der Fallzahl per Jahresende um 51 Fälle oder 27 % auf 238 per Jahresende. Die gesamthaft während des Jahres bearbeiteten Fälle belaufen sich auf 278, wobei die Zugänge allerdings teilweise durch Abgänge laufend entlastet werden. Die Zugänge liegen mit Schwergewicht auf dem Bereich der freien Fürsorge und belasten in erster Linie die Sozialarbeiterin Frau Fahrni. Vor allem wirtschaftliche Problemstellungen machten sich verstärkt bemerkbar, währenddem die Alkoholikerbetreuung vergleichsweise nur einen schwachen Aufwärtstrend verzeichnet. Die Steigerung der Fallzahl beruht aber auch darauf, dass im Berichtsjahr weniger Fälle als im Vorjahr als erledigt abgeschrieben werden konnten. Die Klienten bleiben eher "hängen" und haben tendenziell längerfristige Probleme, die keine raschen Lösungen zulassen. Dies mag teilweise auch mit der Konjunkturlage zusammenhängen. Die Entwicklung im Berichtsjahr brachte den Sozialdienst langsam wieder an seine Kapazitätsgrenze, welche durch die Reorganisation der vergangenen Jahre erweitert werden konnte.

Was die Fallstatistik nach Gemeindezugehörigkeit anbelangt ist zu verzeichnen, dass die Fallzahlen in den Gemeinden Dübendorf und Volketswil überdurchschnittlich stark gestiegen sind, nämlich um 72 resp. 70 %. Dübendorf stellte per Jahresende 45 % aller Fälle, währenddem der Bevölkerungsanteil nur 35 % des Einzugsgebietes ausmacht. Volketswil, das gelegentlich den Ruf einer "Problemgemeinde" genießt, bleibt dagegen mit 19 % der Fälle gegenüber 18 % Bevölkerungsanteil im Rahmen; die kleineren Bezirksgemeinden liegen in ihrem Anteil entsprechend darunter (Egg 8/10, Greifensee 5/9, Maur 6/11, Mönchaltorf 2/6, Schwerzenbach 3/5). Wangen-Brüttisellen liegt mit 10 % Fallanteil versus 6 % Bevölkerungsanteil wiederum etwas über dem Durchschnitt, was den allgemeinen Schluss zulässt, dass die "städtischen" unteren Bezirksgemeinden anteilmässig mehr Ratsuchende aufzuweisen als die oberen Landgemeinden des Glatttales. Diese Tendenz hat sich im Berichtsjahr verstärkt.

STATISTIK

Bestand Ende 1981	Zugänge	Abgänge	Bestand Ende 1982
----------------------	---------	---------	----------------------

<u>Gesetzliche Fälle</u>				
Vormundschaften	34	2	-	36
Beiratschaften	7	-	1	6
Beistandschaften	11	5	1	15
<u>Freie Fürsorge</u>				
Alkoholiker	44	11	7	48
Rechtsdienst	24	5	1	28
Freie Betreuungen	67	68	30	105
	187	91	40	238

Männer	120	53	19	154
Frauen	67	38	21	84
	187	91	40	238

Betreuer

Stellenleiter	48	19	7	60
(davon gesetzl.Fälle)	(32)	(4)	(2)	(34)
Sozialarbeiterin	48	49	22	75
	(12)	(3)	(-)	(15)
Fürsorgebeamter	91	23	11	103
	(8)	(-)	(-)	(8)
	187	91	40	238

Fallstatistik nach Gemeindezugehörigkeit

Gemeinde	Bestand Ende 1981	Zugänge	Abgänge	Bestand Ende 1982
Dübendorf	76	47	17	106
Egg	17	2	1	18
Greifensee	12	4	4	12
Maur	11	5	1	15
Mönchaldorf	2	3	-	5
Schwerzenbach	8	1	1	8
Volketswil	32	24	10	46
Wangen-Brüttisellen	23	4	4	23
Auswärtige	6	1	2	5
	187	91	40	238

JAHRESRECHNUNG/BILANZ

Die Jahresrechnung 1982 weist gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme der Aufwendungen von 4 % auf. Nebst reglementarischen Besoldungserhöhungen mit den entsprechenden Versicherungsverpflichtungen verursachte vor allem der Umzug in die neuen Räumlichkeiten an der Wilstrasse 16 mit den höheren Aufwendungen für Miete zusätzliche Kosten. Durch Neuanschaffungen für die Einrichtung der Besprechungsräume sowie den Entwurf und Druck von neuem Briefpapier wurde auch das Konto Bürkosten/Mobiliar in besonderem Masse belastet. Den höheren Ausgaben stehen auf der Ertragsseite gegenüber dem Vorjahr aber auch höhere Staatsbeiträge gegenüber. Etwa im gleichen Umfange hatten auch die Gemeinden höhere Beiträge zu leisten (5 %).

Die Bilanz weist gegenüber dem Vorjahresabschluss eine viel geringere Liquidität auf. Währenddem im Jahre 1981 Rückstellungen, Transitorische Passiven und Gemeindeguthaben von gesamthaft Fr. 36'000.- auf Bank und Postcheck abrufbereit waren, sind es zu Jahresende 1982 in den gleichen Positionen nur noch gerade Fr. 10'000.-.

Damit ist allerdings auch eine früher gelegentlich bestehende Ueberliquidität vermieden. Die flüssigen Mittel dienen (zusammen mit den ausstehenden Staatsbeiträgen für das Jahr 1982) der Deckung der Mündelguthaben (Kreditoren), währenddem die durchwegs sicheren Debitoren durch das Betriebskapital finanziert sind.

Die Buchhaltung des Jahres 1982 umfasst 5'280 Buchungen. Die Mündelkonti (Lohn- und Rentenverwaltungen etc.) weisen einen Umsatz von Fr. 731'000.- auf, und das verwaltete Vermögen von Bevormundeten und Verbeirateten beläuft sich auf 2,3 Mio. Fr.

JAHRESRECHNUNG/BUDGET

	Jahresrechnung 1982		Budget 1983	
<u>AUFWAND</u>				
Besoldungen, Entschädigungen	278'116.25		301'500.--	
Bürokosten, Apparate, Mobilien	28'035.05		18'500.--	
Miete, Unterhalt Räumlichkeiten	20'026.85		33'000.--	
Personen-/Sachversicherungen	52'643.55		45'100.--	
Verschiedene Ausgaben	4'884.80		3'500.--	
<u>ERTRAG</u>				
Kapitalzinsen		1'803.65		2'000.--
Staatsbeiträge		60'618.--		55'000.--
Gemeindebeiträge		319'812.85		343'600.--
Entschädigungen, Rückerstattungen		1'472.--		1'000.--
	383'706.50	383'706.50	401'600.--	401'600.--

BILANZ 31.12.1982

<u>AKTIVEN</u>		
Kasse	6'268.40	
Postcheck	5'694.50	
Bank	35'512.--	
Transit. Aktiven (Staatsbeiträge)	61'249.30	
Debitoren Mündel	51'440.--	
Gemeindebeiträge Saldo	9'812.85	
<u>PASSIVEN</u>		
Kapital		70'000.--
Transit. Passiven		10'229.--
Kreditoren Mündel		89'748.05
	169'977.05	169'977.05

